ZIVILGESELLSCHAFT IN BEWEGUNG: PROTEST-EREIGNISSE IN THÜRINGEN 2022/23 IM SPIEGEL DER PRESSEBERICHTERSTATTUNG

Forschungsbericht
Februar 2024

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Zivilgesellschaft in Bewegung: Protestereignisse in Thüringen 2022/23 im Spiegel der Presseberichterstattung

Autor*innen:

Viktoria Kamuf, Dominique Guilleaume & Axel Salheiser

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Tatzendpromenade 2a
07745 Jena
Homepage: www.idz-jena.de
E-Mail: info@idz-jena.de
Telefon: 03641 2719403

IDZ
INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 3

Einleitung 1

Methodisches Vorgehen 2

Zeitliche Verteilung der Protestereignisse 3

Räumliche Verteilung der Protestereignisse 7

Protestformen 10

Themen und Anlässe der Protestereignisse 12

Anmelder*innen der Protestereignisse 16

Fazit 17

Quellen 19

Literatur 20

Einleitung

In der Politikwissenschaft werden Demonstrationen und Kundgebungen nach klassischem Verständnis als unkonventionelle Formen politischer Partizipation bezeichnet – im Unterschied zur Teilnahme an Wahlen oder der Mitarbeit in Parteien. Es handelt sich um meist situativ und spontan entstandenen Protest der Bürger*innen, um Willens- und Meinungsbekundungen, mit denen auf Straßen und Plätzen lautstark Unmut über politische Entscheidungen und Entwicklungen geäußert wird und Forderungen aufgestellt werden. Klar ist jedoch, dass Demonstrationen und Kundgebungen eine überaus häufig gewählte Aktionsform sind. Sie werden von Initiativen, Bündnissen, losen Zusammenschlüssen von Einzelpersonen, Parteien und größeren sozialen Bewegungen genutzt. In der repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Thüringen-Monitors 2022 (Reiser et al. 2022, 71) gaben 24 % der Befragten an, schon einmal an einer genehmigten Demonstration teilgenommen zu haben, 44 % könnten sich vorstellen, das zu tun und 32 % lehnten eine Teilnahme ab. Nach der Wahlteilnahme und der Leistung einer Unterschrift bei einer Unterschriftssammlung bleibt die Demonstration damit – gerade in Zeiten gesunkener Zufriedenheit mit Regierungshandeln, politischen Entscheidungsträger*innen und der Ausgestaltung und Umsetzung demokratischer Prozesse – auch in Thüringen eine der attraktivsten und akzeptiertesten politischen Beteiligungsformen.

Allerdings haben insbesondere die Protestereignisse in der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020 die Frage aufgeworfen, inwieweit der Protestdynamik auf den Straßen und Plätzen Thüringens auch ein antidemokratisches Potenzial innewohnt. So ließen sich bei vielen Demonstrationen und Kundgebungen Bürger*innen beobachten, die nicht nur ihr Frust auf die Regierung eint, sondern auch autoritäre, verschwörungsideologische, rassistische und antisemitische Einstellungen. Extrem rechte Agitator*innen wurden bei vielen Protestereignissen nicht nur geduldet, sondern waren in die Organisation eingebunden oder traten als gefeierte Redner*innen auf. Mit der Entschärfung der Infektionsschutzmaßnahmen, dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Energiekrise hat sich 2022 auch das Protestgeschehen weiterentwickelt. Seit dem Sommer 2022 wurde sogar ein „Heißer Herbst“ angekündigt; von einigen wurde ein anschließender „Wutwinter“ vorhergesagt oder gar erhofft (vgl. Haak 2022; Schmitt-Roschmann 2022).

Während die oben umrissenen Protestereignisse 2022/23 im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit standen, gab und gibt es über das ganze Jahr hinweg eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Anlässe und Themen, die Menschen zu Demonstrationen und Kundgebungen in Thüringen auf die Straße bringen. An vielen Orten wurde gegen Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien

demonstriert. Auch Themen wie Arbeitnehmer*innenrechte und Lohnerhöhungen oder die feministische Revolution im Iran mobilisierten 2022/23 Menschen dazu, in Thüringen ihren Protest auf die Straße zu tragen.

Wir haben analysiert, welche Protestereignisse in der öffentlichen Berichterstattung auf den Webportalen der vier auflagen- und leser*innenstärksten Thüringer Zeitungen bzw. Webportale im Zeitraum vom 1. August 2022 bis 31. Mai 2023 abgebildet wurden und welche Protestdynamik daraus ablesbar ist. Wer hat wann zu welchen Themen demonstriert? Und welche Erkenntnisse über die politische Kultur im Freistaat lassen sich daraus ableiten?

Methodisches Vorgehen

Unsere Erfassung und Analyse von Protest- und Demonstrationsereignissen auf Basis der Zeitungsberichterstattung (vgl. Wiedemann et al. 2022; Daphi et al. 2017; für Thüringen: Quent/Bischof 2018) auf den Webportalen der Thüringischen Landeszeitung (TLZ)[1], Thüringer Allgemeinen (TA)[2], Ostthüringer Landeszeitung (OTZ)[3] sowie dem gemeinsamen Webportal von Freies Wort, Südthüringer Zeitung und Meininger Tageblatt für Südthüringen[4] kann nicht die tatsächliche Gesamtzahl aller Protestereignisse in diesem Zeitraum in Thüringen abbilden, sondern nur jene, die mediale Resonanz in Form von Zeitungsbeiträgen erfuhren. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Verifizierbarkeit wurden ausschließlich solche Protestereignisse erhoben, bei denen sowohl das Datum als auch der Ort (Gemeinde/Stadt/Landkreis) des Protests in der Presseberichterstattung genannt wurden. Von einer erheblichen Dunkelziffer nicht dokumentierter Ereignisse ist grundsätzlich auszugehen (s.u.). So wurden beispielsweise auch keine Plakat- und Flugblattaktionen erfasst, von denen über das Jahr hinweg einige stattgefunden hatten.

Im Zeitraum vom 01. August 2022 bis 31. Mai 2023, also über eine Spanne von insgesamt 10 Monaten hinweg, konnten 459 Protestereignisse erfasst werden, über die in Thüringer Regionalmedien berichtet wurde. Im Durchschnitt nahmen knapp 553 Personen an den Protesten teil, wobei dieser arithmetische Mittelwert durch die wenigen Großereignisse mit 5.000 bis 10.000 Teilnehmenden verzerrt ist. Der aussagekräftigere Medianwert (der Wert in der Mitte der Liste der aufsteigend geordneten Teilnehmendenzahlen) betrug 280. Es kann also gesagt werden: Bei

[1] https://www.tlz.de/.

[2] https://www.thueringer-allgemeine.de/.

[3] https://www.otz.de/.

[4] https://www.insuedthueringen.de/.

Protestereignissen in Thüringen versammelte sich im Mittel eine untere bis mittlere dreistellige Zahl von Teilnehmenden. Allerdings ist bei circa einem Drittel der Ereignisse die Teilnehmer*innenzahl nicht bekannt, da sie nicht in der Presseberichterstattung erwähnt wurde.

Das zahlenmäßig mit Abstand größte Protestereignis war eine Demonstration am 03. Oktober 2022 in Gera, bei der 10.000 Menschen gegen die Politik der Bundesregierung, die Haltung der deutschen Regierung zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, vermeintliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit und eine Vielzahl weiterer politischer Entwicklungen protestierten (OTZ 03.10.2022). Diese Demonstration kann auch als ein großes Vernetzungstreffen extrem rechter Akteur*innen in Thüringen und darüber hinaus angesehen werden. So waren neben Politiker*innen der AfD wie Björn Höcke auch die Gruppierungen „Freies Thüringen“ und „Freies Sachsen“ und der Chefredakteur des extrem rechten Compact-Magazins, Jürgen Elsässer, vertreten. Unter den Teilnehmer*innen waren unter anderem Symbole und Flaggen der „Reichsbürger“-Bewegung zu sehen. Die Reden waren von Verschwörungserzählungen geprägt (vgl. Arnold/Salheiser 2023).

Die wenigsten Teilnehmer*innen – nämlich gar keine – hatte die sogenannte „Demo ohne Menschen“, die vom Sozialverband VdK am 10. November 2022 in Erfurt organisiert wurde. Mit einem stillen Protest wurde dort auf die Situation von Menschen aufmerksam gemacht, die ihre Angehörigen pflegen (TA 09.11.2022). Die angemeldete Kundgebung bestand aus Plakaten, auf denen Statements von Betroffenen zu lesen waren.

Im Folgenden wird näher auf die zeitliche und räumliche Verteilung aller erfassten Protestereignisse, die Protestformen sowie die Themen, die dort zur Sprache kamen, eingegangen.

Zeitliche Verteilung der Protestereignisse

Insgesamt zeigt die Analyse der Presseberichterstattung eine auffällige Häufung von dokumentierten Protestereignissen im Herbst 2022 sowie an Montagen. In anderen Monaten des Erhebungszeitraums bzw. an anderen Wochentagen wurde von deutlich weniger Protesten berichtet.

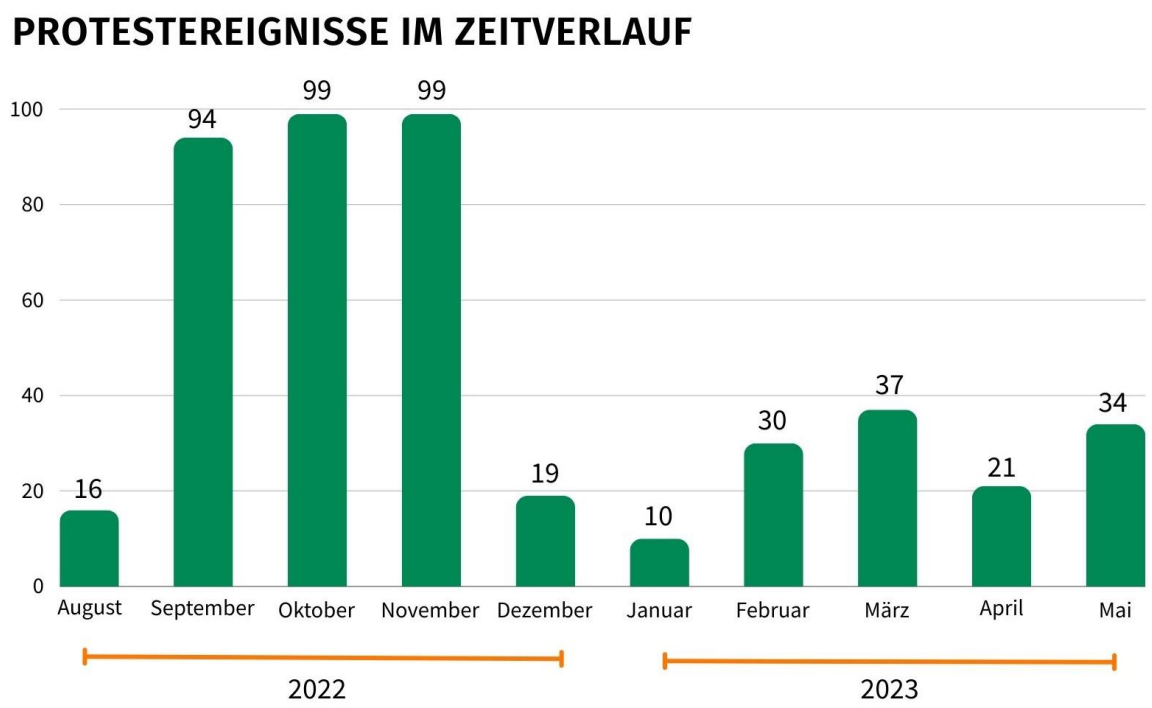

Abbildung 1: Die erhobenen Protestereignisse dargestellt im Zeitverlauf vom 01. August 2022 bis 31. Mai 2023 (eigene Darstellung)

Am Ende des Sommers 2022 – parallel zu den bundesweit intensiver werdenden medialen Debatten über die Auswirkungen der Russland-Sanktionen, der Energiekrise und der Inflation – stiegen in Thüringen die dokumentierten Protestereignisse sprunghaft an. Vor allem in den sozialen Netzwerken wurde von extrem rechten und rechtspopulistischen Akteur*innen zu dieser Zeit ein „heißer Herbst“ propagandistisch vorbereitet und angekündigt – und versucht, auf dieser Grundlage an die Massenmobilisierung während der Corona-Pandemie anzuknüpfen. Tatsächlich zeigt die Verlaufskurve (Abb. 1) im Zeitraum von September bis November 2022 eine deutlich höhere Anzahl an in der Presse berichteten Protestereignissen als in den anderen Monaten des Erhebungszeitraums. Vor allem in diesem Zeitraum fanden sich wöchentlich wiederholende Demonstrationen an vielen unterschiedlichen Orten im Freistaat statt. Die von Organisator*innen und Teilnehmer*innen selbsternannten „Montagsdemonstrationen“, die sich zu diesem Zeitpunkt vor allem pro-russisch positionierten und gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, die steigenden Energiepreise sowie vermeintliche Grundrechtseinschränkungen einsetzten, machen mehr als die Hälfte der von September bis November 2022 berichteten Proteste aus. Vielerorts wurden sie durch extrem rechte Privatpersonen und Gruppen, beispielsweise „Freies Thüringen“, mitorganisiert bzw. -geprägt.

Beim Blick in die Presseberichterstattung zeigt sich, dass häufig über diese Proteste zusammengefasst berichtet wurde. So beginnt beispielsweise ein Artikel der Thüringer Allgemeinen vom 20.09.2022 folgendermaßen: „Am Montagabend sind in Thüringen wieder mehrere Tausend Menschen auf die Straße gegangen um gegen die hohen Energiepreise oder Coronamaßnahmen zu demonstrieren.“ (TA 20.09.2022) Daraufhin werden in kurzen Absätzen die teilnehmer*innenstärksten Proteste in Gera, Erfurt und weiteren Städten schlagwortartig umrissen. Beispielsweise heißt es zu Erfurt: „In Erfurt richtete sich der Protest von knapp 800 Teilnehmern gegen die Corona-Politik und gegen Waffenlieferungen in die Ukraine und es wurde der Rücktritt der Landes- und Bundesregierung gefordert.“ Der Artikel endet mit dem allgemeinen Hinweis: „Angemeldet worden waren Versammlungen auch in Meiningen, Neustadt-Orla, Gotha, Altenburg, Schmölln, Sonneberg und Ilmenau.“ In vielen weiteren Artikeln im Zeitraum dieser sehr dynamischen Protestentwicklung finden sich vergleichbare Aufzählungen von Ortsnamen, grobe Angaben zu geschätzten Teilnehmendenzahlen sowie eine schlagwortartige Verdichtung von Protestthemen.

Im Dezember ebbte die Ereigniswelle – sicher feiertags-, aber auch witterungsbedingt – wieder ab und im Januar wurde die geringste Anzahl von Demonstrationen im Gesamtbeobachtungszeitraum dokumentiert. Der von einigen erhoffte „Wutwinter“ trat folglich keineswegs ein – oder, wie der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, es im Dezember 2022 formulierte, das bundesweite Protestgeschehen wurde „eher ein laues Lüftchen“, wenn auch mit Schwerpunkt in Sachsen und Thüringen (dpa 2022). Zwar fanden weiterhin in einigen Städten Thüringens (z. B. Weimar, Gera) wöchentlich „Montagsdemonstrationen“ statt, während an anderen Orten wie Sonneberg aufgrund sinkender Teilnehmer*innenzahlen der Demonstrations-Rhythmus auf einen Montag im Monat gesenkt wurde (inSüdthüringen 07.03.2023). Doch entscheidend ist, dass auch im Frühjahr 2023 nicht mehr an das Niveau des Demonstrationsaufkommens vom Herbst 2022 angeschlossen wurde und die Zahl der dokumentierten Ereignisse im unteren zweistelligen Bereich verblieb. Dabei ist anzunehmen, dass die Protestmobilisierung auch wegen politischen Maßnahmen wie der Gas- und der Strompreisbremse der Bundesregierung zurückging. Jedenfalls gelang es der Protestbewegung nicht, weiterhin eine größere Anzahl an (neuen) Teilnehmer*innen zu mobilisieren. Nichtsdestotrotz etablierte sich in einigen Städten ein „harter Kern“ an Protestierenden, der weiterhin jeden Montag auf die Straße ging und sich zu großen Teilen aus extrem rechts eingestellten Personen, dem Reichsbürger*innen-Milieu, der AfD und ihren Anhänger*innen speiste (vgl. Haldenwang in dpa 2022). Doch auch hier, so wird es in der Analyse der Presseberichterstattung sichtbar, verloren die Proteste ihren Neuigkeits- und Berichtswert, also ihr mediales Kapital, und tauchten nicht mehr wöchentlich in der Berichterstattung auf.

Als feste Daten im Erhebungszeitraum, an denen ein höheres Protestaufkommen beobachtet werden konnte, sind darüber hinaus zu nennen: der 1. Mai als traditioneller Feiertag der Arbeiter*innen, an dem nicht ausschließlich, aber primär gewerkschaftliche Kundgebungen stattfanden; der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, der 2022 auf einen Montag fiel und vor allem von extrem rechter Akteur*innen an verschiedenen Orten für Proteste genutzt wurde (insgesamt nahmen circa 38.000 Menschen in Thüringen an Demonstrationen teil; TA 05.10.2022); der Internationale Frauentag am 8. März, an dem in mehreren Städten feministische Kundgebungen stattfanden; der 24. Februar, der 2023 den ersten Jahrestag des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine markierte, was viele Bürger*innen vor allem zu Solidaritätskundgebungen mit der Ukraine mobilisierte.

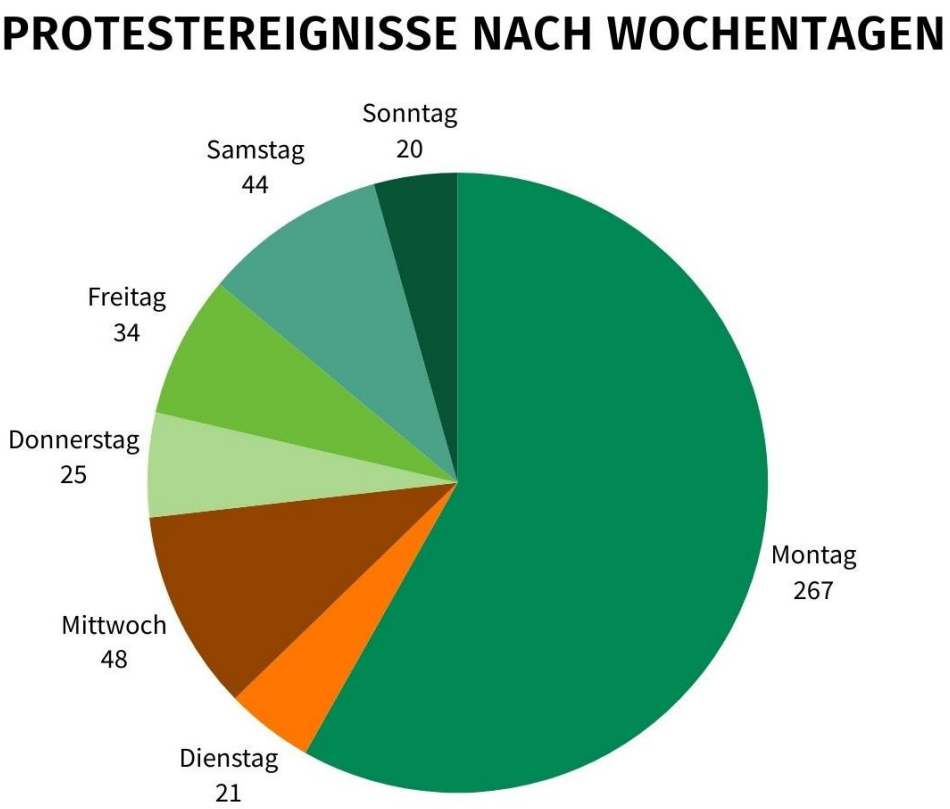

Abbildung 2: Die erhobenen Protestereignisse dargestellt nach den Wochentagen, an denen sie stattgefunden haben (eigene Darstellung)

Wie bereits deutlich wurde, sind die Wochentage, an denen die dokumentierten Protest- und Demonstrationsereignisse stattgefunden haben, eng mit der zeitlichen Abfolge der Proteste verknüpft. Bereits die regelmäßigen „Montagsspaziergänge“ während der Corona-Pandemie (also vor Beginn unseres Erhebungszeitraums), bei denen Unmut über die Regierungspolitik und die Ablehnung von Infektionsschutzmaßnahmen mal lautstark, mal stumm auf Thüringer Straßen artikuliert wurde, versuchten sich mit der Wahl des Wochentags symbolträchtig in eine

Traditionslinie zur demokratischen Protestkultur der DDR-Endzeit bzw. Wendezeit 1989/90 zu stellen. Ziel war es, aus dieser Referenz Legitimation zu schöpfen und zu suggerieren, dass man sich heute wieder in einer ähnlichen politischen Situation befände (vgl. OTZ 03.10.2022). Der Montag dient also gleichsam als Projektionsfläche und als Assoziationspunkt für „obrigkeitskritische", öffentliche Meinungsbekundungen. Außerdem bietet sich der Montag – unabhängig von den Demonstrationsanlässen und -inhalten – auch ganz praktisch als günstiger Demonstrationstag an: Einerseits bietet sich montags die Chance, quasi mit einem „Neustart" das „Thema der Woche" zu setzen und Aufmerksamkeit zu erzielen, andererseits kann vermutet werden, dass (potenzielle) Teilnehmende durch das „private" Wochenende ausgeruht und von der vorherigen Woche erholt sind. Auch für unseren Beobachtungszeitraum lässt sich zeigen, dass eine deutliche absolute Mehrheit der dokumentierten Protest- und Demonstrationsereignisse montags stattfand (Abb. 2). Dabei ist es wichtig zu betonen, dass es sich bei den montags stattfindenden Demonstrationen nicht nur um solche handelt, die einem heterogenen „regierungskritischen", rechtspopulistischen, verschwörungsideologischen und extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind (vgl. Freund-Möller et. al. 2023), sondern auch um Aktivitäten von Gewerkschaften und anderen demokratischen Akteur*innen (s.u.). Auch der 1. Mai fiel 2023 auf einen Montag. Abgesehen von den Montagen, die auf einen Feiertag fielen, fanden diese Proteste meist in den Abendstunden, also nach dem üblichen Arbeitstag statt.

Darüber hinaus stellen nur der Mittwoch und der Samstag Wochentage mit auffällig erhöhten Aktivitäten dar. Während über eine besondere Symbolik oder terminliche Attraktivität der Wochenmitte an dieser Stelle allenfalls spekuliert werden könnte (zudem fiel der 8. März 2023 auf einen Mittwoch), dürfte sich der Samstag zweifelsfrei deshalb als Veranstaltungs- bzw. Versammlungstag anbieten, weil dann sowohl ehrenamtliche Organisator*innen als auch Personen, die als Teilnehmende mobilisiert werden sollen, mehrheitlich nicht ihren beruflichen Tätigkeiten bzw. Studium, Schule oder Ausbildung nachgehen müssen. Die bewegte Zivilgesellschaft – als kollektives Handeln jenseits von Staat und Markt definiert – entfaltet sich vor allem in der Freizeit. Dass nicht wenige Anmelder*innen und Beteiligte ihr jeweiliges Engagement hauptberuflich ausüben (s.u.), steht dazu nur scheinbar im Widerspruch. Schließlich geht es meist darum, möglichst viele Menschen für die eigene Sache auf die Straßen und Plätze zu bringen.

Räumliche Verteilung der Protestereignisse

Bei der räumlichen Verteilung der dokumentierten Protestereignisse zeigt sich, dass die meisten Proteste erwartungsgemäß in den größeren Städten Thüringens stattfanden. Doch auch andere Orte stechen hervor und das Protestgeschehen zeichnet sich insgesamt durch eine breit gefächerte

räumliche Verteilung über ganz Thüringen aus, mit dokumentierten Protestereignissen in allen 22 Landkreisen des Freistaats.

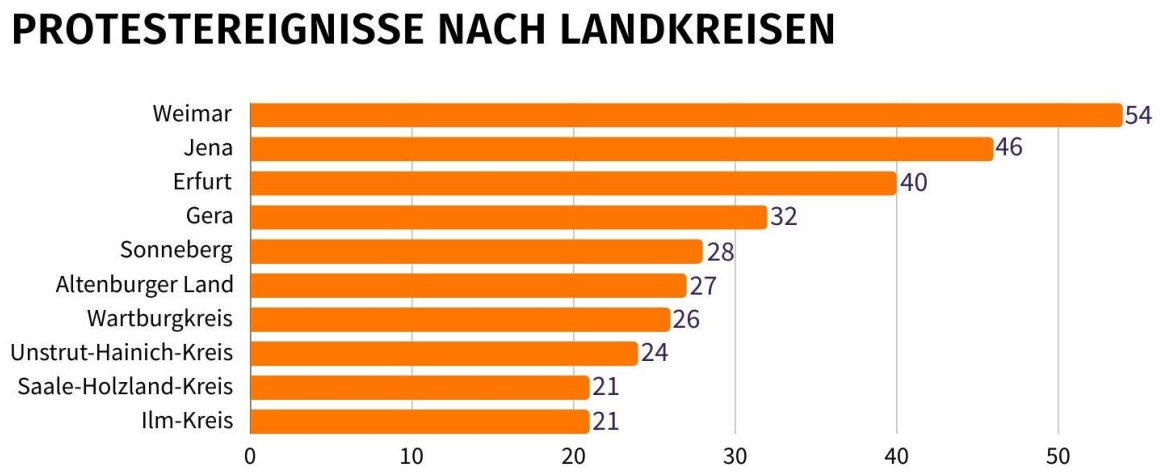

Abbildung 3: Die 10 Landkreise, aus denen die meisten Protestereignisse im Erhebungszeitraum berichtet wurden (eigene Darstellung)

Es ist nachvollziehbar, dass in den wenigen größeren Städten im Freistaat am häufigsten Protest- und Demonstrationsaktivitäten beobachtetet wurden (Abb. 3). Allerdings führt nicht die Landeshauptstadt Erfurt, sondern Weimar die Statistik an, gefolgt von Jena. Erfurt rangiert vor Gera auf dem dritten Platz. Insbesondere Weimar, Jena und Erfurt zeichnen sich durch eine hohe Diversität an Protestanlässen aus. Das liegt wahrscheinlich in der ebenso vielfältigen Zusammensetzung der jeweiligen Stadtgesellschaft begründet, aber auch in der Funktion dieser Städte als (über-)regionale Zentren und ihrer guten Erreichbarkeit. So fanden beispielsweise in Weimar im Erhebungszeitraum neben den bereits erwähnten, von verschwörungsideologischen und antidemokratischen Haltungen geprägten „Montagsspaziergängen“ auch jeweils mehrere Proteste gegen Rechtsextremismus sowie zu den Themen Klimaschutz und Fahrradinfrastruktur, Feminismus und Frauenrechten sowie Kundgebungen in Solidarität mit der Ukraine statt. Dazu kommen ortsspezifische Anliegen wie der Leerstand eines historischen Gebäudes (TA 12.11.2022) oder drohende Kita- und Schulschließungen (TA 23.03.2023). Ein sehr ähnliches Bild stellt sich in Erfurt und Jena dar.

In Gera, wo die viertmeisten Proteste erfasst wurden, zeigte sich ein deutlich weniger vielfältiges Bild: Hier dominierten in der Presseberichterstattung die meist montags von extrem rechten Akteur*innen mitorganisierten Demonstrationen gegen die Regierungspolitik, die Infektionsschutzmaßnahmen und die Energiepolitik. Die tatsächliche Anzahl an im Erhebungszeitraum veranstalteten Protesten liegt dabei wahrscheinlich deutlich höher als 32. Ein

Rückblicksartikel über das Protestgeschehen in Thüringen 2022 bezeichnet Gera sogar als „Höhepunkte des Protestgeschehens“, auch weil bei den „Montagsdemonstrationen“ über viele Wochen hinweg mehrere tausend Personen teilnahmen (Klaus 2022). Nach Aussage von zivilgesellschaftlichen Beobachter*innen haben über den gesamten Beobachtungszeitraum die Protestaktivitäten des heterogenen, stark von extrem rechten Kräften geprägten Spektrums wöchentlich stattgefunden. Dies wurde nicht vollständig durch die Presseberichterstattung abgedeckt, da nach gewisser Zeit nur über einzelne, besonders markante Demonstrationsereignisse berichtet wurde. So wurde im Januar 2023 von gar keinen Protesten in Gera berichtet, im Februar und März erfolgen zwei Kurzmeldungen über „Mehrere Versammlungen in Gera“, bei denen Thema und Anlass der Proteste unklar bleiben (OTZ 21.02.2023; OTZ 21.03.2023). Ein ausführlicherer Bericht zum extrem rechten Demonstrationsgeschehen in der Stadt findet sich dann erst wieder am 1. Mai, wobei hier der Fokus auf der antifaschistischen und antikapitalistischen Gegendemonstration lag, der mit einem massiven Polizeieinsatz begegnet und deren Teilnehmer*innen über mehrere Stunden hinweg von der Polizei eingekesselt wurden (OTZ 01.05.2023).

Auch für andere Demonstrationsorte kann angenommen werden, dass die tatsächliche Anzahl an Protestereignissen deutlich höher liegt. In allen Landkreisen machten die Mobilisierungen im Zuge der vielfältigen Krisen, die sich an vielen Orten in einer generellen, zu großen Teilen verschwörungsideologischen und antidemokratischen Ablehnung der Regierungspolitik ausdrückten, den größten Teil der erfassten Protestereignisse aus. Dabei führen Sonneberg und das Altenburger Land die Statistik mit den meisten beobachteten Aktivitäten an. Bei den Kommunen sticht zudem Eisenach mit einer hohen Anzahl dokumentierter Protestereignisse hervor (Wartburgkreis; Abb. 4). Das Ranking lässt zumindest einen Schluss über das vergleichsweise hohe Mobilisierungspotenzial in Sonneberg, Altenburg und Eisenach zu, die als regional bedeutsame Mittelstädte auch als Versammlungsorte für Teilnehmende aus dem Umland fungieren. Zudem verfügen diese Städte spätestens sei den migrations- und asylfeindlichen Protesten 2015/16 über gewisse Protesterfahrungen und lokale Organisationsstrukturen, an die die Proteste im Zuge der Corona-Pandemie und der darauffolgenden Krisen anschließen konnten.

Nichtsdestotrotz ist es wichtig zu erwähnen, dass dies nicht die einzigen Protestthemen in den meisten Landkreisen waren. In einigen Landkreisen fanden darüber hinaus Demonstrationen gegen Rechtsextremismus statt, die sich meist direkt gegen parallel stattfindende „Montagsspaziergänge“ richteten. Ein weiteres landkreis- und ortsübergreifendes Thema waren gewerkschaftliche Anliegen und Arbeitnehmer*innenproteste, auch wenn diese in deutlich geringerer Zahl dokumentiert wurden.

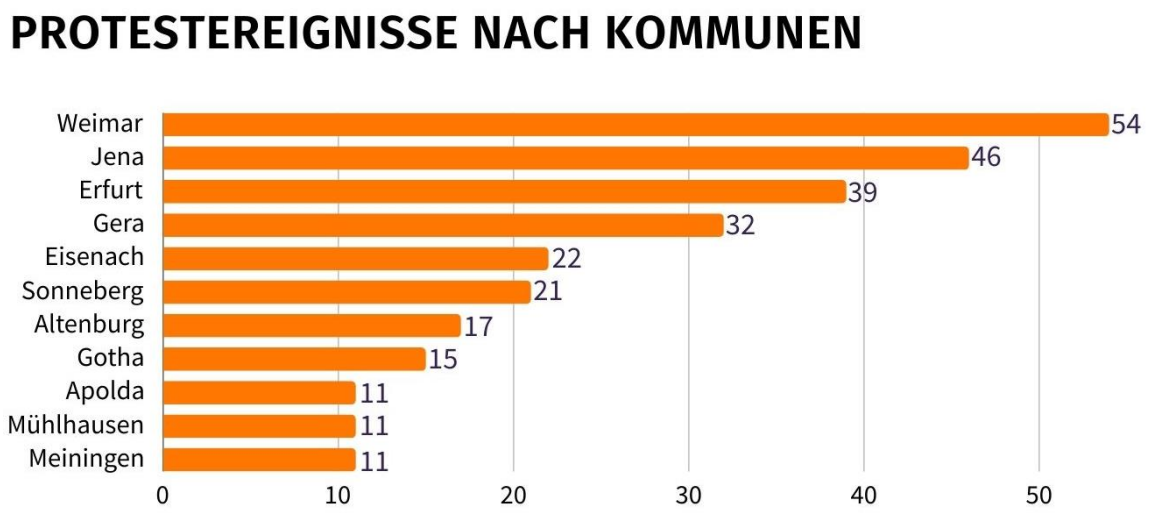

Abbildung 4: Die 11 Kommunen, aus denen die meisten Protestereignisse im Erhebungszeitraum berichtet wurden (eigene Darstellung)

Protestformen

Die mit Abstand meisten Protestereignisse fanden entweder als Demonstrationen oder als Kundgebungen statt (Abb. 5). In vielen Fällen wurde zudem von Kundgebungen mit direkt vorgelagerter oder anschließender Demonstration berichtet. Unter einer Kundgebung verstehen wir einen stationären Protest, während eine Demonstration einen sich bewegenden Protestzug beschreibt. Davon ausgenommen sind Fahrzeugkorsos und Fahrraddemonstrationen, die getrennt erfasst wurden. Letztere wurden vor allem dazu genutzt, für eine bessere Fahrradinfrastruktur zu protestieren. Fahrzeugkorsos hingegen sind insbesondere seit Pandemiebeginn populär geworden, um Protest gegen die Pandemiemaßnahmen auszudrücken und gleichzeitig die starken Einschränkungen des Versammlungsrechts zu umgehen. Im Herbst 2022 gab es verschiedene Fahrzeugkorsos, bei denen gegen die Corona-, aber auch gegen die Energie- und Außenpolitik des Bundes protestiert wurde.

PROTESTEREIGNISSE NACH PROTESTFORMEN

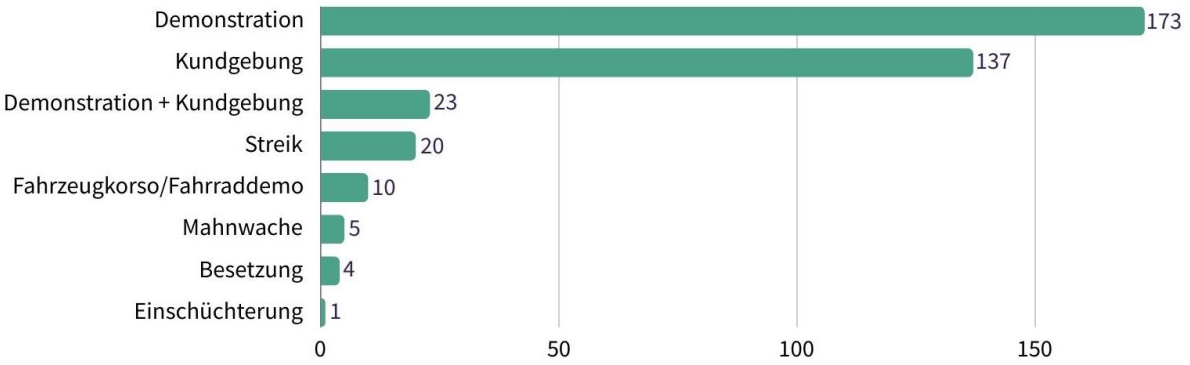

Abbildung 5: Die erhobenen Protestereignisse dargestellt nach der berichteten Protestform (eigene Darstellung)

Erwähnenswert ist die hohe Anzahl an Arbeitsstreiks, von denen 20 im Erhebungszeitraum berichtet wurden, also durchschnittlich zwei pro Monat. Die Streiks setzten sich größtenteils für Lohnerhöhungen ein. So wurde beispielsweise im November 2022 von einem Warnstreik durch 45 Mitarbeiter*innen des Jenoptik-Standorts in Triptis berichtet, zu dem die IG Metall aufgerufen hatte (OTZ 04.11.2022). Sie forderten 8 % mehr Lohn, vor allem auch, um den steigenden Lebenshaltungskosten durch die Inflation zu begegnen. Der größte dokumentierte Streik im Erhebungszeitraum fand im Mai 2023 statt und wurde ebenfalls von der IG Metall initiiert, um gegen die Schließung des Standorts der Marelli Automotive Lighting in Brotterode zu protestieren. Laut insuedthueringen.de beteiligten sich rund 500 Mitarbeiter*innen an dem Streik, zudem konnte „die Bürgerschaft mobilisiert“ werden (inSüdthüringen 31.05.2023).

Bei der Erfassung von Mahnwachen beziehen wir uns auf die in den Medien berichtete Selbstbezeichnung der Organisator*innen. Vier der Mahnwachen wurden in Solidarität mit der Ukraine sowie einem Amtsträger veranstaltet, der im Zuge der sogenannten „Montagsdemonstrationen“ Bedrohungen erfahren hatte (inSüdthüringen 09.08.2022). Eine selbst ernannte „Mahnwache für den Frieden“ in Eisenach unter Beteiligung extrem rechter Akteur*innen richtete sich wiederum gegen die Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung und artikulierte Anti-Amerikanismus und pro-russische Haltungen (TA 29.01.2023). Die Besetzungen dauerten wenige Stunden bis zwei Wochen und fanden vor allem im Kontext universitärer Konflikte wie zum Beispiel der drohenden Schließung des Lehrstuhls für Geschlechtergeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena statt (TLZ 29.11.2022). Schlussendlich wurde im

Erhebungszeitraum auch zu einem Aufmarsch in Eisenach mobilisiert, der zum Ziel hatte, eine Politikerin gezielt einzuschüchtern. Die Teilnehmer*innen des nicht angemeldeten Protests wollten zum Wohnhaus der Eisenacher Oberbürgermeisterin laufen, was von der Polizei jedoch verhindert werden konnte (TA 25.10.2022b). Bei 86 Ereignissen konnte eine Protestform auf der Grundlage der Presseberichterstattung nicht eindeutig identifiziert werden.

Themen und Anlässe der Protestereignisse

Die von uns erfassten Protestereignisse bilden eine Vielzahl an Interessen, Forderungen, politischen Haltungen und Debatten ab, die wir hier nicht in ihrer Gänze abbilden können. Anhand der Informationen aus der Presseberichterstattung lassen sich jedoch übergeordnete Kategorien abbilden. Diese sind nicht nach politischen Lagern sortiert, sondern den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Protestierenden zugeordnet. Mit Abstand am häufigsten wurde zu Protesten mobilisiert, die sich nicht nur mit einem spezifischen Thema, sondern mit einer Vielzahl an Themen befassten, die sich auf aktuelle Krisen rund um die Corona-Pandemie, die Energiepolitik und steigenden Lebenserhaltungskosten sowie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bezogen. Diese sind in der Kategorie „Diverse Krisenthemen“ zusammengefasst (Abb. 6).

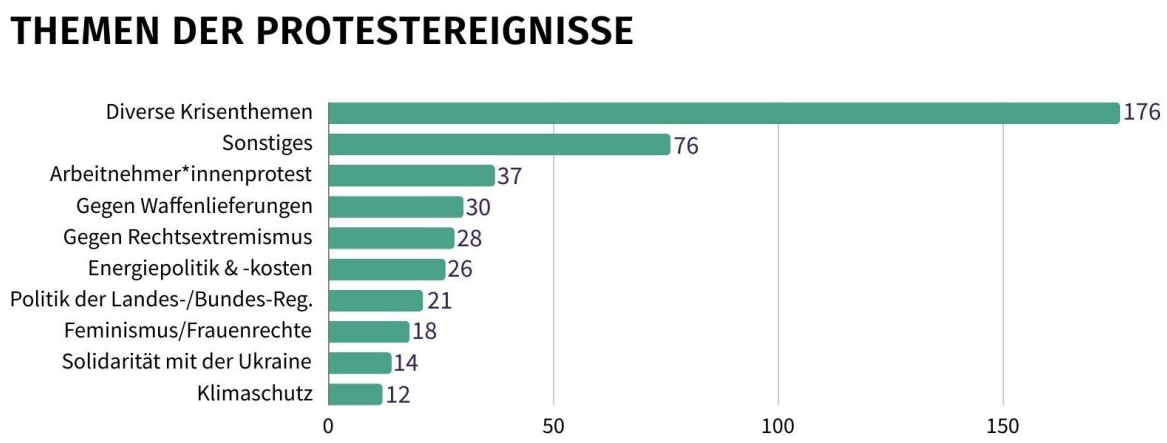

Abbildung 6: Die übergeordneten Themen der berichteten Protestereignisse (eigene Darstellung)

Von den 176 Protesten in der Kategorie „Diverse Krisenthemen“ fanden 159 an einem Montag statt. Das allein sagt selbstverständlich noch nichts über inhaltliche Schwerpunktsetzung dieser Proteste aus. Doch auch ein näherer Blick in die Forderungen der Protestierenden, Ankündigungen der Organisator*innen und Themen der Redebeiträge zeigt, dass die bereits vielfach erwähnten „Montagsdemonstrationen“ einen Großteil dieser Kategorie ausmachen. So findet sich hier beispielsweise eine Demonstration in Sonneberg im November 2022, bei der „gegen ZDF, Corona-

Impfung, Schulpflicht und die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine“ demonstriert wurde (inSüdthüringen 07.11.2022). Der dezidierte Protest gegen das ZDF lag darin begründet, dass dieses über die Beteiligung extrem rechter Kräfte an den Protesten berichtet hatte. Aber auch eine generelle Ablehnung der etablierten Medien und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zeigte sich bei vielen dieser Protestereignisse. So wurde beispielsweise von einer nicht angemeldeten Demonstration in Pößneck im September 2022 berichtet, dass Teilnehmer*innen Plakate mit dem Slogan „GEZ abschaffen“ mit sich trugen (OTZ 19.09.2022). Darüber hinaus wurden bei diesem Protest Reden von AfD-Mitgliedern sowie eine Rede von einer Person, die Positionen einer „Reichsideologie“ vertrat, gehalten. Auf mehreren Demonstrationen wurden journalistische Beobachter*innen bedroht oder angegriffen (TA 24.10.2022; TA 20.09.2022).

Die Corona-Politik der Landes- und Bundesregierung spielte angesichts der eingestellten Infektionsschutzmaßnahmen und sinkenden Infektionsgefahr eine zusehends geringere Rolle (Klaus 2022). Auf vielen der hier unter „Diverse Krisenthemen“ eingeordneten Proteste wurden nichtsdestotrotz Forderungen zur Aufklärung vermeintlicher „Corona-Verbrechen“ weiterhin vebreitet. Bei immerhin sieben sogenannten „Montagsdemonstrationen“ im Herbst 2022 war die Ablehnung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie immer noch das zentrale Thema des Protests (hier unter „Sonstiges“ eingeordnet; Abb. 6).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass ein Großteil der Proteste zu „Diversen Krisenthemen“ sich durch eine inhaltliche Flexibilität und Anpassung an aktuelle Krisenerscheinungen auszeichnete (siehe Abb. 7). Die dort vertretenen Haltungen basierten jedoch auf der generellen Ablehnung etablierter Medien, aktueller Regierungspolitik und der Delegitimierung demokratischer Prozesse. Das zeigte sich auch in vielfachen Rücktrittsforderungen an Regierungspolitiker*innen auf Landes- und Bundesebene. Noch viel grundlegender zog sich durch viele der Proteste in dieser Kategorie die Artikulation von Verschwörungserzählungen, die wiederum eng verschränkt mit extrem rechten Ideologien auftraten (z. B. verschiedenen Ausprägungen einer „Reichsideologie“) und sich vor allem in der Angst vor dem vermeintlichen Verlust an (nationaler) Souveränität und rassistischen und antisemitischen Einstellungen äußerten. Auf die Hintergründe dieser Proteste und der damit verbundenen Haltungen gehen vor allem längere Überblicksartikel ein (z. B. Debes 2022, Haak 2022, Klaus 2022).

Ähnliche Befunde zeigen sich für viele Protestereignisse, die den Kategorien „Gegen Waffenlieferungen“, „Energiepolitik und -kosten“ sowie „Politik der Landes-/Bundesregierung“ zugeordnet wurden. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, einen differenzierten Blick auf diese Kategorien zu werfen. So fanden im Erhebungszeitraum auch mehrere Protestereignisse statt, die zum Ziel

hatten, demokratiefördernde und solidarische Perspektiven auf die Bewältigung aktueller Krisen zu entwickeln. Ein Beispiel dafür ist eine Kundgebung des „Aktionskreises Demokratie“ im Saale-Holzland-Kreis im November 2022, die ebenfalls an einem Montag stattfand, sich jedoch dezidiert von den „Montagsdemos“ distanzierte. Dort wurden folgende Forderungen artikuliert: „für Sanktionen gegen Putin und seinen ‚Machtapparat‘, für Solidarität mit ‚Corona-gefährdeten Risikogruppen‘ und für die Energiewende und Abkehr von fossiler Energieerzeugung.“ (OTZ 21.11.2022) Unter die Kategorie „Energiepolitik und -kosten“ fallen außerdem mehrere Demonstrationen, die sich unter dem Motto „Nicht mit uns“ explizit als demokratische Alternative zu den „Montagsdemonstrationen“ verstanden. So wurden beispielweise auf einer Kundgebung des Bündnisses in Jena im Oktober 2022 eine Übergewinn- und Vermögenssteuer gefordert, um die Steigerungen der Energiekosten für Haushalte mit niedrigen Einkommen abzufedern (OTZ 16.10.2022). Diese Proteste fanden jedoch in weitaus geringerer Anzahl als die selbst ernannten „Montagsdemonstrationen“ statt und schafften es nicht, eine vergleichbare Anzahl an Teilnehmenden zu mobilisieren.

Abbildung 7: Wortwolke der Themen und Anlässe der erfassten Protestereignisse (eigene Darstellung; kein Anspruch auf Vollständigkeit)

Wie bereits anhand der Protestform Streik zu sehen war, erlebte Thüringen im Erhebungszeitraum eine Vielzahl an Arbeitnehmer*innenprotesten, bei denen sowohl in einzelnen Unternehmen für Lohnerhöhungen gestreikt als auch allgemein bessere und fairere Arbeitsbedingungen gefordert wurden. Darunter fallen mehrere vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierte Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai. Hoch ist zudem die Anzahl an Protesten gegen extrem rechte Strukturen und Ideologien. Oftmals richteten diese sich direkt gegen einen parallel stattfindenden Protest, auf dem extrem rechte, menschenfeindliche und antidemokratische Haltungen vertreten wurden. Beispielhaft seien hier die Proteste am 8. Mai 2023 in Weimar genannt, wo von rund 1.100 Menschen berichtet wurde, die auf zwei Kundgebungen gegen einen Auftritt des Thüringer Landesvorsitzenden der AfD, Björn Höcke, am „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“ demonstrierten (OTZ 08.05.2023).

Infolge der feministischen Revolution im Iran, die im September 2022 begann, wurde auch in Thüringen an verschiedenen Orten für Feminismus und Frauenrechte demonstriert. In Solidarität mit der Ukraine in ihrem Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg sowie mit Geflüchteten aus der Ukraine fanden über den gesamten Erhebungszeitraum hinweg Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen statt. Für mehr Klimaschutz mobilisierte insbesondere die Gruppe „Fridays for Future“ zu Protesten. Auch die „Letzte Generation“ oder das lokale Bündnis „Eisenach für Klimaschutz“ waren zu diesem Anliegen aktiv. Unter „Sonstiges“ finden sich so diverse Themen wie Schul- und Kindergartenschließungen, Antirassismus und das Recht auf Asyl, Fahrradinfrastruktur, Antikapitalismus, Mieten und Gentrifizierung und LGBTIQ*-Rechte. Die Wortwolke (Abb. 7) bietet einen Eindruck dieser Diversität an Themen. Darunter fallen auch vier Proteste gegen eine geplante Geflüchtetenunterkunft im Landkreis Hildburghausen, die im Erhebungszeitraum dokumentiert wurden. Extrem rechte Kräfte um den Neonazi Tommy Frenck hatten dazu im April und Mai 2023 jeweils um die 400 bis 650 Menschen mobilisieren können (z. B. TA 12.04.2023).

Etwa ein Viertel der Protestereignisse konnte keiner der Kategorien zugeordnet werden, da die Presseberichterstattung keine Auskunft über die dort aufgestellten Forderungen oder sonstige Inhalte gab. Ein Beispiel hierfür ist eine Kurzmeldung vom 21.03.2023 mit dem Titel „Mehrere Versammlungen in Gera“, die wie folgt lautet: „Wie die Landespolizeiinspektion Gera auf Nachfrage mitteilt, hat es am Montagabend (20. März) in Gera drei Versammlungen gegeben. Bei einer Demo wurden 480 Teilnehmer von den Beamten gezählt bei der zweiten 31 (sic!). Die dritte Kundgebung mit 50 Teilnehmern im Rahmen der Wochen gegen Rassismus habe nicht im Zusammenhang mit den beiden Demos gestanden.“ (OTZ 21.03.2023) Unklar bleibt, worum es inhaltlich bei ersten beiden Demonstrationen ging.

Anmelder*innen der Protestereignisse

Für die überwiegende Mehrheit der dokumentierten Protestereignisse werden in der Presseberichterstattung keine Anmelder*innen benannt („Unbekannt“= 268 Ereignisse, d. h. 58 % aller Ereignisse). Dies muss darauf zurückgeführt werden, dass bei einer Vielzahl von Protesten die Anmelder*innen, gerade wenn es sich um Privatpersonen handelte, nicht bekannt waren oder recherchiert werden konnten. Vor allem wurde aber im Erhebungszeitraum auch zu einer nicht geringen Anzahl nicht angemeldeter Proteste mobilisiert. Als dezidiert „nicht angemeldet“ wurden zwar nur 28 Protest- und Dokumentationsereignisse erfasst, was 6 % aller dokumentierten Ereignisse ausmacht. Doch die tatsächliche Zahl muss hier als höher angenommen werden. Bekannt ist, dass viele der sogenannten „Montagsspaziergänge“ vielerorts gerade zur Zeit verschärfter Infektionsschutzmaßnahmen nicht angemeldet wurden, um eben jene Maßnahmen zu umgehen. Diese Praxis der Nicht-Anmeldung, bei der Straßenproteste als vermeintlich spontan und zufällig entstandene „Spaziergänge“ ausgegeben wurden, ließ sich auch in unserem Erhebungszeitraum 2022/23 trotz Beendigung der Infektionsschutzmaßnahmen noch beobachten. Gleichzeitig hatten in einigen Städten die Organisator*innen dieser Proteste begonnen, nach der Entschärfung der Pandemiemaßnahmen die Demonstrationen offiziell anzumelden, oft sogar mehrere Wochen im Voraus. Deswegen ist es schwer, auf Grundlage der dokumentierten Informationen einzuschätzen, wie viele Proteste tatsächlich nicht angemeldet waren. Für andere Protestanlässe und Themen ist nicht bekannt, dass Proteste systematisch nicht angemeldet wurden.

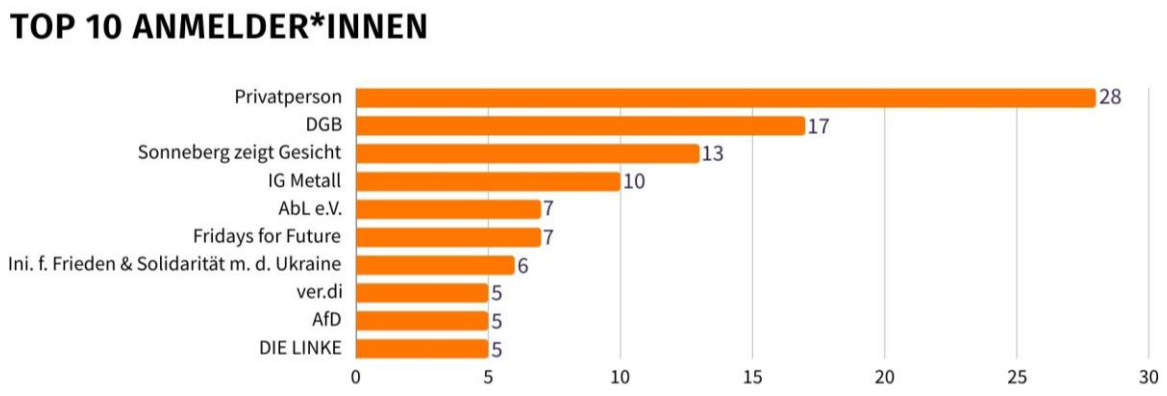

*Abbildung 8: Die zehn am häufigsten benannten Einzel-Anmelder*innen von Protestereignissen in der Berichterstattung im Erhebungszeitraum (eigene Darstellung)*

Relativ häufig traten einzelne Privatpersonen als Anmelder*innen auf (Abb. 8). Dabei handelte es sich mitunter auch um namentlich bekannte Einzelpersonen, deren organisationale Zugehörigkeit

aus der Medienberichterstattung nicht immer (klar) hervorging. So wurde beispielsweise Sven-Jarno Bien zwei Mal als Organisator der sogenannten „Montagsdemo“ in Gotha gegen die Pandemie-, Energie- und Einwanderungspolitik der Bundesregierung sowie vermeintliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit benannt (TA 18.10.2022; TA 25.10.2022). Dabei wurde jedoch nicht erwähnt, dass Bien zu diesem Zeitpunkt bereits der Thüringer Landesvorsitzende der Kleinstpartei dieBasis war (Riecke 2021). Die am häufigsten benannte – und meist auch entsprechend eingeordnete – Einzelperson war der Rechtsextremist Christian Klar („Miteinanderstadt Gera“/“Aufbruch Gera“; vgl. Wierzioch 2023).

Bei den formal organisierten Anmelder*innen stechen die Gewerkschaften und hier insbesondere der Dachverband DGB[5] hervor. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Befunden, dass Arbeitnehmer*innenproteste eine der am häufigsten erfassten inhaltlichen Kategorien und Streiks eine der häufigsten Protestformen waren (s.o.). Andere besonders aktive Organisationen bzw. Netzwerke waren – neben den einzelnen lokalen bzw. regionalen Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus – die Klimaschutz-Bewegung Fridays for Future und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL e.V.). Letztere mobilisierte an einem Tag, dem 25.11.2022, an sieben verschiedenen Orten in ganz Thüringen für eine gemeinwohlorientierte Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen im Eigentum von Städten und Kommunen (TA 25.11.2022). Unter den Parteien führen die AfD sowie DIE LINKE die Statistik der Anmelder*innen an.

Fazit

Der Thüringer Presseberichterstattung zufolge fanden im Zeitraum vom August 2022 bis Mai 2023 jeden Tag durchschnittlich mindestens ein bis zwei Demonstrationen oder Protestaktionen im Freistaat statt. Unsere Auswertung zeigt, dass diese Formen der politischen Willensbekundung eine große Attraktivität haben – und tatsächlich auch beachtliche Zahlen von Bürger*innen auf die Straßen und Plätze Thüringens mobilisieren konnten. Soweit ersichtlich, verliefen nur sehr wenige Demonstrationen nicht friedlich – was freilich per se wenig über die Inhalte, die Hintergründe, die Veranstaltenden und das Spektrum der Teilnehmenden aussagt. In einigen Fällen ließen sich den jeweiligen Zeitungsartikeln nur bedingt aussagekräftige Informationen dazu entnehmen. Dennoch wird ersichtlich, dass gerade die von uns als „Diverse Krisenthemen“ bezeichneten Inhalte wegen ihrer vergleichsweise hohen Ereignisdichte und Teilnehmendenzahlen vor allem im zweiten

[5] Der DGB und die Einzelgewerkschaft ver.di haben zusätzlich zu den in Abbildung 8 aufgeführten Demonstrationen im Beobachtungszeitraum eine weitere gemeinsame Demonstration angemeldet und durchgeführt.

Halbjahr 2022 die Berichterstattung dominierten. Bei diesen Protesten wurde in der Regel die Kritik an der Pandemie-, Kriegs-, Energie- und Einwanderungspolitik der Regierung miteinander verbunden. Organisatorisch waren sie durch rechtspopulistische bis extrem rechte Akteur*innen geprägt. Gerade auch solche Zeitungsartikel, die einen Überblick oder Rückblick zum Protestgeschehen in Thüringen bereitstellten, bezogen sich primär auf diese Krisenmobilisierungen.

Die Artikulation von Arbeitnehmer*inneninteressen und die sehr diversen Aktivitäten demokratischer Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, die beispielsweise für Menschenrechte, Solidarität mit Geflüchteten oder Klimaschutz demonstrierten, wurden dadurch oftmals und gerade im Gesamtbild über das Jahr hinweg überschattet. Aufmerksamkeit (und einen Platz in den Zeitungsspalten) erlangten sie offenbar dann besonders gut, wenn auffällig viele Teilnehmer*innen mobilisiert werden konnten, als Demonstrationsort eine der größeren Städte und der Wochentag der Veranstaltung günstig gewählt wurden. Vor allem aber ist ersichtlich, dass die Anmelder*innen, die häufig und besonders teilnehmendenstark mobilisieren konnten, in der Regel zu einer Gruppe von Aktivist*innen, zu einer Initiative oder zu einem Netzwerk gehörten, das über einen ausreichenden Organisationsgrad und vermutlich über entsprechende finanzielle bzw. personelle Ressourcen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verfügte. Darunter zählen vor allem Gewerkschaften und Parteien, aber auch bundesweit bekannte Gruppen wie Fridays for Future. Hier wird der Effekt möglichst breiter zivilgesellschaftlicher Bündnis- und Netzwerkarbeit deutlich: Wenn viele an einem Strang ziehen und gemeinsame Anliegen bzw. Forderungen artikulieren, können sie sich Gehör verschaffen. Was bereits 2022 und 2023 galt, erlangt im Wahljahr 2024 in Thüringen besondere Bedeutung, wie bereits die mobilisierungsstarken Demonstrationen gegen Rechtsextremismus im Januar und Februar zeigten.

Quellen

inSüdthüringen 31.05.2023. Metaller ziehen durch Brotterode. Online verfügbar unter https://www.insuedthueringen.de/inhalt.streik-metaller-ziehen-durch-brotterode.d1238a6d-28ef-416b-9cef-1a86db945bd5.html

inSüdthüringen 07.03.2023. Kundgebung hier und Demo dort. Online verfügbar unter https://www.insuedthueringen.de/inhalt.sonneberg-kundgebung-hier-und-demo-dort.24f0e2a6-094b-4cca-80f1-f48e99fff200.html (abgerufen am 05.02.2024).

inSüdthüringen 07.11.2022. Mitstreiter im Landratsamt? Online verfügbar unter https://www.insuedthueringen.de/inhalt.montagsprotest-mitstreiter-im-landratsamt.c2c7aa6c-d2f2-43bd-a25a-9103fd09a03d.html (abgerufen am 05.02.2024).

inSüdthüringen 09.08.2022. Minister solidarisch mit Ulrich Töpfer. Online verfügbar unter https://www.insuedthueringen.de/inhalt.minister-bei-mahnwache-minister-solidarisch-mit-ulrich-toepfer.8bcd588b-dfe9-4f14-be11-5a460388adfb.html

OTZ 08.05.2023. Paroli gegen Rechts bei Demos in Weimar lauter als Parolen der Rechten. Online verfügbar unter https://www.otz.de/politik/article238348065/Paroli-gegen-Rechts-bei-Demos-in-Weimar-lauter-als-Parolen-der-Rechten.html

OTZ 01.05.2023. Großeinsatz der Polizei wegen zweier Demos mit Hunderten Teilnehmern in Gera. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/gera/article238278859/Grosseinsatz-der-Polizei-wegen-zweier-Demos-mit-Hunderten-Teilnehmern-in-Gera.html

OTZ 21.03.2023. Mehrere Versammlungen in Gera. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/gera/article237947459/In-Gera-drei-Versammlungen.html

OTZ 21.02.2023. Erneut zwei Demos in Gera. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/gera/article237717155/Erneut-zwei-Demos-in-Gera.html

OTZ 21.11.2022. Montagsdemo in Camburg: für Sanktionen, Solidarität und Energiewende. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/jena/article236968621/Montagsdemo-in-Camburg-fuer-Sanktionen-Solidaritaet-und-Energiewende.html

OTZ 04.11.2022. Mitarbeiter von Jenoptik in Triptis legen Arbeit nieder. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/poessneck/article236831923/Mitarbeiter-von-Jenoptik-legen-Arbeit-nieder.html (abgerufen am 05.02.2024).

OTZ 16.10.2022. 370 Menschen bei Demo in Jena gegen Belastungen durch Energiekrise. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/jena/article236680799/370-Menschen-bei-Demo-in-Jena-gegen-Belastungen-durch-Energiekrise.html

OTZ 03.10.2022. 10.000 Demonstranten in Gera – AfD, Freie Sachsen und Freies Thüringen vereint. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/gera/article236585229/10-000-Demonstranten-in-Gera-AfD-Freie-Sachsen-und-Freies-Thueringen-vereint.html

OTZ 19.09.2022. „Pößnecker Spaziergang“ mit 800 bis 900 Teilnehmern. Online verfügbar unter https://www.otz.de/regionen/poessneck/article236473895/Poessnecker-Spaziergang-mit-800-bis-900-Teilnehmern.html

TA 12.04.2023. Nazi mobilisiert 600 Demonstranten gegen Asylheim. Online verfügbar unter https://www.insuedthueringen.de/inhalt.krankenhaus-schleusingen-600-demonstrieren-gegen-fluechtlingsunterkunft.55234d40-af15-4f52-b4fa-a2cff7dcef02.html

TA 23.03.2023. Demonstration gegen geplante Schließung von drei Weimarer Kindergärten. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/weimar/article237964947/Weimar-Demonstration-gegen-geplante-Schliessung-von-drei-Kindergaerten.html

TA 29.01.2023. Eisenach sendet Zeichen für den Frieden. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/eisenach/article237495439/Eisenach-sendet-Zeichen-fuer-den-Frieden.html

TA 25.11.2022. Trecker-Kundgebung auf dem Fischmarkt. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article237001433/Trecker-Kundgebung-auf-dem-Fischmarkt.html

TA 12.11.2022. Weimarer Freundeskreis „unartig“ gibt „Stein des Anstoßes“. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/weimar/article236891719/Weimarer-Freundeskreis-unartig-gibt-Stein-des-Anstosses.html

TA 09.11.2022. Erfurter „Demo ohne Menschen“ bringt Pflege-Statements auf den Anger. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article236860317/Demo-ohne-Menschen-bringt-Pflege-Statements-auf-den-Anger-in-Erfurt.html

TA 25.10.2022a. 25. Auflage der Montagsdemo vor dem Gothaer Schellenbrunnen. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/gotha/article236750395/25-Auflage-der-Montagsdemo-vor-dem-Gothaer-Schellenbrunnen.html

TA 25.10.2022b. Demonstration zur Wohnung der Eisenacher Oberbürgermeisterin verhindert. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/eisenach/article236754595/Demonstration-zur-Wohnung-der-Eisenacher-Oberbuergermeisterin-verhindert.html

TA 24.10.2022. Spuck-Attacke auf Social-Media-Blogger bei Montagsdemo in Weimar. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/weimar/article236748871/Polizei-ahndet-Spuck-Attacke-in-Weimar.html

TA 18.10.2022. Montagsschelle in Gotha lockt Hunderte unzufriedene Bürger. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/gotha/article236700947/Montagsschelle-in-Gotha-lockt-hunderte-unzufriedene-Buerger.html (abgerufen am 05.02.2024).

TA 05.10.2022. Bislang höchster Zulauf bei Demos in Thüringen – Was Innenminister Maier besonders erbost. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article236594825/Bislang-hoechster-Zulauf-bei-Demos-in-Thueringen-Was-Innenminister-Maier-besonders-erbost.html

TA 20.09.2022. Über 18.000 demonstrieren in Thüringen gegen Energiekosten, Inflation, Krieg und Coronamaßnahmen. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article236473957/Erneut-zahlreiche-Montags-Demonstrationen-in-Thueringen.html

TLZ 29.11.2022. Jenaer Studierende protestieren gegen das Aus für den Lehrstuhl „Geschlechtergeschichte“. Online verfügbar unter https://www.tlz.de/regionen/jena/article237030309/Jenaer-Studierende-protestieren-gegen-das-Aus-fuer-den-Lehrstuhl-Geschlechtergeschichte.html

Literatur

Arnold, Romy/Salheiser, Axel (2023). Die Thüringer AfD als „Friedenspartei“ im Kriegs- und Krisenjahr 2022. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.). Thüringer Zustände 2022: Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen, 27–36. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Th%C3%BCringer_Zust%C3%A4nde_2022.pdf (abgerufen am 05.02.2024).

Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.) (2017). Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests. Leviathan Sonderband 33. Baden-Baden, Nomos.

Debes, Martin (2022). Demonstrationen im Osten: Das Trauma der Transformation. Berliner Morgenpost vom 31.10.2022. Online verfügbar unter https://www.morgenpost.de/politik/article236799659/demonstrationen-osten-krise-inflation-kommentar.html (abgerufen am 05.02.2024).

dpa (2022). Haldenwang zu Protesten: Laues Lüftchen statt „Wutwinter“. Berliner Morgenpost vom 29.12.2022. Online verfügbar unter https://www.morgenpost.de/politik/inland/article237239739/Migration-gewinnt-als-Protest-Thema-an-Gewicht.html (abgerufen am 05.02.2024).

Freund-Möller, Cynthia/Streitberger, Johannes/Koch, Matthias/Miehlke, Marius/Lorenz, Carolin/Mohrmüller, Marie/Kleinschmitt, Annika/Wistuba, Frederike/Thinius, Jakob (2023). Wem gehört der Montag? Montagsdemonstrationen im Herbst 2022 in Thüringen. Bericht über die Befragung von

Demonstrierenden. Jena, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online verfügbar unter https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/herbstumfrage/wem-gehoert-der-montag-28-06-2023-1-digitalversion.pdf (abgerufen am 05.02.2024).

Haak, Sebastian (2022). Thüringer Protestmärsche: Einblicke ins Umsturzmilieu. Thüringische Landeszeitung vom 05.12.2022. Online verfügbar unter https://www.tlz.de/politik/article237067161/Thueringer-Protestmaersche-Einblicke-ins-Umsturzmilieu.html (abgerufen am 05.02.2024).

Klaus, Fabian (2022). Rückblick 2022: Proteste in Thüringen erreichen Höhepunkt zum Einheitstag. Thüringer Allgemeine vom 27.12.2022. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article237203435/Rueckblick-2022-Proteste-in-Thueringen-erreichen-Hoehepunkt-zum-Einheitstag.html (abgerufen am 05.02.2024).

Quent, Matthias/Bischof, Susann (2018). Gebietsreform und extreme Rechte: Themen und Schwerpunkte regionaler Protestereignisse in Thüringen 2017. Wissen schafft Demokratie 3, 51–64. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Bischof_Quent.pdf (abgerufen am 05.02.2024).

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2022). „Politische Kultur in Stadt und Land". Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022. Jena, Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Politikwissenschaft/KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online verfügbar unter https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/thueringen-monitor/tm2022-lang-bf.pdf (abgerufen am 05.02.2024).

Riecke, Peter (2021). Gotha: Sven-Jarno Bien kandidiert für “DieBasis”. Thüringer Allgemeine vom 09.09.2021. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/arnstadt/article233272945/Gotha-Sven-Jarno-Bien-kandidiert-fuer-DieBasis.html (abgerufen am 05.02.2024).

Schmitt-Roschmann, Verena/dpa (2022). Krise und Verdruss: Warum im Osten viele demonstrieren. Berlinder Morgenpost vom 30.09.2022. Online verfügbar unter https://www.morgenpost.de/politik/inland/article236560679/Krise-und-Verdruss-Warum-im-Osten-viele-demonstrieren.html (abgerufen am 05.02.2024).

Wiedemann, Gregor/Dollbaum, Jan M./Haunss, Sebastian/Daphi, Priska/Meier, Larissa D. (2022). A Generalizing Approach to Protest Event Detection in German Local News. Proceedings of the 13th Conference on Language Resources and Evaluation (LREC 2022), 3883-3891. Online verfügbar unter http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2022/pdf/2022.lrec-1.413.pdf (abgerufen am 05.02.2024).

Wierzioch, Bastian (2023). Rechtsextreme „Großdemo“ und Auto-Korso in Gera – Wer steckt dahinter? MDR vom 09.12.2023. Online verfügbar unter https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/aufbruch-klar-afd-demonstration-100.html (abgerufen am 05.02.2024).